

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## Unsere EG-Politik lebt derzeit noch von schönen Worten

Die liechtensteinische Position gegenüber den europäischen Integrationsbestrebungen ist noch nicht definiert

Trotz wiederholten Forderungen, dass auch das Fürstentum Liechtenstein seine Position gegenüber der europäischen Integrationspolitik im Hinblick auf die Schaffung des einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 festlegen sollte, steht die Regierung weiterhin mit leeren Händen da. Diese Politik der leeren Hände steht in einem auffallenden Kontrast zu Reisediplomatie und der sie begleitenden Propaganda, die den Eindruck zu vermitteln versucht, es stehe alles zum besten.

Im Zeitraffer ergibt sich die Situation, dass Regierungschef Hans Brunhart in Bern weilte, in Wien über Europa spricht, an der EDU-Partei-Führerkonferenz in Rhodos auf Liechtenstein - Europa eingeht und - die Aufzählung ist nicht vollständig - in Brüssel sich mit den massgebenden Vertretern der EG zu Gesprächen trifft. Die nachfolgende Berichterstattung erweckt jeweils den Eindruck, als ob die Reisediplomatie von einem ausgefeilten liechtensteinischen Konzept begleitet wäre, das die Position unseres Landes gegenüber der Schweiz als Zollvertragspartner und gegenüber der EG genauestens festhält.

### Wie sieht unsere Position aus?

Nach der EDU-Partei-Führerkonferenz in Rhodos schrieb das «Liechtensteiner Vaterland» den bemerkenswerten Satz: «Regierungschef Hans Brunhart ging im Rahmen der Integrationsdebatte auf unsere Position im Hinblick auf die neueren Entwicklungen der EFTA und EG ein.» Das Presse- und Informationsamt der Regierung (PafI) übermittelte nach den Brüsseler Gesprächen eine Zusammenfassung, in der es hiess: «Bei allen Gesprächen bot sich Gelegenheit, die derzeitige Ausgangslage Liechtensteins gegenüber der europäischen Integration eingehend darzustellen.» Und weiter:

«Die Liechtensteinische Delegation konnte bei ihren Gesprächen auf die spezifischen liechtensteinischen Gegebenheiten angesichts dieser Entwicklung hinweisen.» Und schliesslich: «Gleichzeitig konnte die liechtensteinische Delegation ihre Gesprächspartner auch über die wirtschaftliche und rechtliche Situation im Hinblick auf die europäische Integration informieren.» Nach all diesen Informationen, die den Leser im Dunkeln über den effektiven Inhalt lassen, aber doch den Eindruck emsiger integrationspolitischer Tätigkeiten vermitteln, bleibt die Frage zurück: «Wie sieht denn die liechtensteinische Position aus?» Noch ist sie nirgends festgelegt, noch ist sie - wenigstens in unserem Lande nicht - weder in Ansätzen noch im Wortlaut veröffentlicht worden.

### Immer wieder Absichtserklärungen

Dafür können zahlreiche Absichtserklärungen zitiert werden, die innerhalb kurzer Zeit der Öffentlichkeit preisgegeben wurden. In einer Erklärung zum diesjährigen Europatag - am 5. Mai - sagte Regierungschef Hans Brunhart mit Blick auf die Integrationspolitik: «Was in den sechziger Jahren als ehrgeiziges Unterfangen galt, hat trotz Rückschlägen im heutigen Europa der Zwölf konkrete For-

men angenommen und feste Ziele für die Zukunft abgesteckt. Diese neue Dimension ist auch eine neue Herausforderung für die ausserhalb der EG stehenden Staaten, ihre Situation zu überdenken. Dies gilt gerade auch für unser Land, wobei die aufgrund des Zollvertrages gegebene Partnerschaft eine wichtige Komponente einer solchen Analyse sein muss.» Die Ziele der EG sind, so erklärte er weiter, im wesentlichen politische Ziele, weshalb es vor allem auch politische Fragen seien, welche die Position unseres Landes gegenüber der europäischen Integration bestimmen: «Liechtenstein wird mit Konsequenz seine Interessen vertreten im Bewusstsein, dass Europa sich in einer äusserst bedeutenden Phase des integrationspolitischen Prozesses befindet.» Wie eine Nachrichtenagentur berichtete, soll Regierungschef Brunhart in Brüssel mit Blick auf die EG-Diskussion erklärt haben, er wolle nun «richtig in sie hineinsteigen» und nun bei den «Analysen und Abklärungen mit der Schweiz mehr die politische Dimension der EG-Integration bei und nach der Schaffung des EG-Binnenmarktes ohne Grenzen ansprechen.»

### Wie geht es weiter?

Der Themenkreis für die Festlegung

der liechtensteinischen Position ist mit diesen diversen Erklärungen zweifellos abgesteckt. Was noch fehlt, ist die konkrete Verwirklichung dieser Absichtserklärungen. Im Mittelpunkt wird dabei der Zollvertrag mit der Schweiz stehen, denn ohne Absprache mit der Schweiz kann keine Europa-Tätigkeit in Angriff genommen werden. Die Regierung ist sich bewusst, wie aus verschiedenen Stellungnahmen hervorgeht, dass einerseits der Zollvertrag überarbeitet werden sollte, andererseits auch jene Bereiche der Europapolitik einer Definition bedürfen, die nicht durch den Zollvertrag abgedeckt sind. Schon bei der Erarbeitung des Währungsvertrages versprach die Regierung, den Zollvertrag als Schlüsselverhältnis zwischen der Schweiz und Liechtenstein einer Untersuchung zu unterziehen. In der Zwischenzeit sind rund acht Jahre vergangen, ohne dass dieses Unternehmen an die Hand genommen worden wäre. Und heute, im Vorfeld von Europa 1992, sollten diese Studien für die Weiterarbeit vorhanden sein - doch vorerst gibt es nur leere Hände und viele schöne Worte. Die VU-Aussenpolitik setzt immer noch mehr auf Schein, die harte Knochenarbeit wird vor sich her geschoben.

(G.M.)

## KOMMENTAR

Das traurige Ereignis, das die Bevölkerung von Balzers in Angst und Schrecken versetzte, liegt bald drei Jahre zurück. Dennoch hat es seine Aktualität behalten, denn einerseits lassen die inzwischen wieder aufgenommenen Schiessübungen, die Auslöser für den verheerenden Waldbrand waren, die Gedanken an das Unglück zurückschrecken. Andererseits bleibt die Aktualität erhalten, weil in den zurückliegenden drei Jahren keine vertragliche Regelung zwischen der Schweiz und Liechtenstein über die Schiessübungen, insbesondere über die geforderte Änderung der Schiessrichtung oder des Verbots von Schiessübungen im Waldbrandgebiet erreicht werden konnte.

Die liechtensteinischen Forderungen sind bekannt, wie Regierungschef Hans Brunhart in einer Antwort auf die kleine Anfrage der stellvertretenden FBP-Abge-

### Warten und vertrösten

ordneten Rösle Eberle erklärte. Auch die Schweiz hat, wie er weiter ausführte, ihre Haltung «vor längerer Zeit» übermittelt. Dass sich die beiden Standpunkte entgegenstehen, dürfte wohl kaum eine Überraschung sein. Überrascht hingegen ist man, wenn man zur Kenntnis nehmen muss, dass noch keine Annäherung der Standpunkte erfolgte. Aus den Worten des Regierungschefs geht nicht einmal eindeutig hervor, ob die Abklärungen in bezug auf die schweizerischen Vorstellungen nur im internen Kreis erfolgten oder schon im Rahmen schweizerisch-liechtensteinischen Verhandlungen.

Unsicherheit kommt auch bei der Interpretation des folgenden Satzes auf: «Die Regierung wird sich noch im Verlaufe dieses Monats mit den konkreten Ergebnissen der Verhandlungen befassen können.» Kann man davon ausgehen, dass die Verhandlungen bereits vor dem Ende stehen? Oder handelt es sich erst um eine interne Verhandlungsposition, nachdem der Regierungschef vorgängig von soeben abgeschlossenen Abklärungen in bezug auf die schweizerische Verhandlungsposition sprach?

Die «definitive Beschlussfassung» ist nach den Ausführungen des Regierungschefs noch in diesem Jahr zu erwarten. Schon früher gab es Ankündigungen, dass Verhandlungen oder Lösung bevorstehen würden. Warten wir einmal ab. (G.M.)

## Die Zukunft Österreichs liegt in Europa

Landeshauptmann Purtscher vor der Rheinischen Grenzgemeinschaft für EG-Beitritt

Europa formiert sich - mit oder ohne Österreich. Deshalb habe Österreich als neutrales Land seinen Willen klar zu bekunden, und die EG werde zu entscheiden haben, ob ein neutrales Österreich als wahrscheinlicher Vorreiter für die anderen europäischen Neutralen in dieser Gemeinschaft akzeptiert werde. Mit diesem klaren Bekenntnis zu einem österreichischen EG-Beitritt schloss der Vorarlberger Landeshauptmann Dr. Martin Purtscher am Donnerstagabend in Lustenau vor der Rheinischen Grenzgemeinschaft seinen Vortrag über «Europa - Ideale und Wirklichkeit». Österreichs Vergangenheit sei Europa, Österreichs Zukunft liege in Europa.

Die Rheinische Grenzgemeinschaft, ein Gremium zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Raum St.Gallen, Vorarlberg und Liechtenstein, bemüht sich nach den Worten ihres Präsidenten, Anton Stadler, um die Überwindung alter Strukturen, was sich im Rheintal mit drei Staaten, einer Bevölkerungszahl von über 200 000 Personen und einer blühenden Exportwirtschaft besonders anbiete. Mit dem Vorarlberger Landeshauptmann

Dr. Martin Purtscher fand die Rheinische Grenzgemeinschaft einen Referenten, der sich seit einiger Zeit für den Schritt Österreichs in die EG einsetzt - und dafür eine Reihe von Gründen anführen kann.

Purtscher gehört zurzeit wohl zu den profiliertesten OeVP-Politikern und leitete auch die Arbeitsgruppe der Volkspartei, die vor kurzem einen Bericht über die europäische Integration abliefern. Die EG weiss nach seinen Worten im Moment noch nicht, was sie wolle - zumindest wenn die verschiedenen Äusserungen prominenter Politiker zum Massstab genommen würden. Die Gelegenheit, die EG zu einer Klärung ihrer Zukunftsperspektiven anzuhalten, sei deshalb günstig: «Wenn Österreich seinen Beitrittsantrag in Brüssel hinterlegt, muss die EG Farbe bekennen. Akzeptiert die EG den immerwährend Neutralen als Vollmitglied, muss sie sich über die eigene politische Zukunft klar werden.»

Purtscher lehnt für die Zukunft Europas einen europäischen Einheitsstaat ab, sondern als überzeugter Förderalist tritt

er für ein «dezentral organisiertes, föderalistisches Europa im Sinne der Sehnsucht vieler Menschen nach überschaubaren Lebensräumen» ein, wo es gelte, in der Verschiedenheit das Gemeinsame zu suchen. So sehr man für einen gemeinsamen Markt eintreten könne, der sich aus der Sachlogik der Wirtschaft ergebe, die Eigenständigkeit der einzelnen Länder der Nationalkulturen sei ein unverzichtbarer Wert, der bewahrt werden müsse.

Die Neutralität bezeichnete Purtscher in seinen weiteren Ausführungen als unverzichtbar für Österreich, aber gleichzeitig keinen Hinderungsgrund für den Weg in die EG. Die EFTA-Staaten müssen nach seinen Worten ihre Position klarlegen, wobei er für Österreich die stärkste Verflochtenheit mit den EG-Staaten in wirtschaftlicher Sicht ausmachte. Ein ideales Europa wird es, so Purtscher, wohl nicht geben, aber: «Für mich ist das europäische Ideal eine Wirtschaftsgemeinschaft mit einem hohen Lebens- und Sozialstandard, einer Fülle von Regional- und Nationalkulturen in einer sorgsam behüteten Umwelt, ein Europa der Vielfalt, ein Europa der Regionen.» (G.M.)

## Beitrittsverhandlungen erst nach 1992

Brüssel (spk/dpa) Bei einem Antrag Österreichs auf Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft können die Beitrittsverhandlungen nach Ansicht der Wiener Regierung erst nach 1992 beginnen.

Der österreichische Vizekanzler und Aussenminister Alois Mock sagte am Freitag am Rande eines Besuchs bei der EG-Kommission in Brüssel, die EG räume der Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 Vorrang ein. Es sei daher wirklichkeitsnah anzunehmen, dass die EG und Österreich substantielle Beitrittsgespräche erst danach aufnehmen könnten.

Dies schliesse aber nicht aus, dass schon vorher Sondierungsverhandlungen geführt würden. Die österreichische Regierung will im kommenden Jahr entscheiden, ob sie die Aufnahme des Landes in die EG beantragen werde. Mock bestätigte, dass die Sowjetunion einem solchen Antrag skeptisch gegenübersteht. Dies habe die sowjetische Führung ihm und Bundeskanzler Franz Vranitzky deutlich gemacht.

## Verfahren gegen Türken-Schlepperbande

Varese/I (spk) Drei Italiener und fünf Türken sind am Donnerstag von der Staatsanwaltschaft Varese wegen «bandenmässiger Begünstigung heimlicher Auswanderung» angeklagt worden. Die Schlepperorganisation habe auf der Achse Türkei-Italien-Schweiz-Deutschland türkische Schwarzarbeiter vermittelt, schreibt der «Corriere del Ticino» am Freitag.

Die drei Italiener operierten laut «Corriere del Ticino» von Mailand und Varese aus. Die Türken waren entlang der Achse aktiv und sorgten nach der Ausreise der Schwarzarbeiter aus der Türkei und der heimlichen Einwanderung in die Schweiz für deren Weitertransport.

Die Ermittlungen wurden aufgenommen, so der «Corriere», als vor einigen Wochen auf der Autobahn zwischen Mailand und Varese ein Kleintransporter mit 29 Türken (auch Kinder waren darunter) und ein Begleitfahrzeug von den Carabinieri gestoppt wurden.

## Parlament-Theater in Österreich

Wien (AP) Um auf die ihrer Ansicht nach schleppende internationale Fahndung nach Udo Proksch, dem wegen einer ganzen Reihe von Delikten gesuchten ehemaligen Chef der Traditionsconditorei «Demel» in Wien, aufmerksam zu machen, sind zwei Abgeordnete der Grünen am Freitag mit schwarzen Perücken und Bärten als «Südländer» verkleidet im Wiener Parlament aufgetaucht und haben eine Sitzungspause erzwungen. Nationalratspräsident Leopold Gratz, dem gute Beziehungen zu dem flüchtigen Proksch nachgesagt werden, weigerte sich, die beiden Abgeordneten als legitim anzuerkennen.

«Ich kann nicht feststellen, ob Fremde im Saal sind», erklärte Gratz und verlangte, dass die «unbekannten» Personen den Saal verlassen sollten. «Erkennen Sie nicht unsere Stimmen», riefen die Abgeordneten Gratz zu, der eine Sitzungspause zur Überprüfung der Ausweise der beiden «Südländer» anordnete.

## Fristverlängerung für Goldmünzen?

Die Regierung musste dem Landtag einen zweiten Gesetzesvorschlag über die Herausgabe der Goldmünzen zum 50. Regierungsjubiläum des Landesfürsten vorlegen, weil die ursprünglich angegebene Legierung nicht stimmte. Der Goldanteil wurde nicht geändert, doch enthält die Goldmünze auf Kosten des Silbergehaltes etwas Kupfer. Es handelt sich, wie Regierungschef Hans Brunhart ausführte, um die handelsübliche Legierung.

FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann regte bei der Behandlung der Gesetzesvorlage im Landtag an, die Frist für die Herausgabe der Gold- und Silbermünzen zu verlängern. Ursprünglich war vorgesehen, die Abgabe für die liechtensteinische Bevölkerung bis 31. Oktober 1988 vorzunehmen.

Regierungschef Hans Brunhart nahm die Anregung des FBP-Abgeordneten zur Fristverlängerung entgegen und erklärte, die Regierung werde diesen Vorschlag der liechtensteinischen Landesbank unterbreiten.

Die Fristverlängerung, die vielleicht einigen Bürgerinnen und Bürgern entgegenkommt, könnte damit aufgrund der Anregung des FBP-Fraktionssprechers Wirklichkeit werden.

Sehen und gesehen werden

federer Brillen Kontaktlinsen Grünastrasse 1 · 9470 Buchs · Tel. 085/62818

nina Damenmode  
Rietlehof/Mühlholz  
9494 Schaan · Tel. 075-24033